

Netzentwicklungsplan Strom



Weißbrunn, 20.04.2023

Per Mail an konsultation@netzentwicklungsplan.de

Konsultation zum Netzentwicklungsplan 2037/2045, Version 2023 (1. Entwurf)

***Der vorgelegte Netzentwicklungsplan 2037/2045,
Version 2023 (1. Entwurf) ist inakzeptabel und muss verworfen werden.***

Der von den Übertragungsnetzbetreibern am 24. März 2023 veröffentlichte Netzentwicklungsplan wirkt insgesamt wie ein Brandbeschleuniger. Die Pläne für noch mehr neue Stromleitungen werden in vielen Regionen nicht auf Akzeptanz, sondern auf Widerstand stoßen. Und das aus gutem Grund: Es ist erkennbar, dass die Planungen der Übertragungsnetzbetreiber kontraproduktiv sind für Energiewende, Klimaschutz und eine sozial gerechte Energieversorgung.

Der neue Netzentwicklungsplan Strom 2037/2045 (2023) lässt erkennen: Der Stromtrassen-Ausbau ist fokussiert auf die Bedürfnisse der alten Stromkonzerne und führt zu einer Abhängigkeit vom Ausland. Deutschland wird aufgrund seiner zentralen Lage zum Stromtransit-Land. Die Verstärkung der neuen Ost-West-Transit-Trassen sollte endlich das Ende des Windstrom-Märchens bedeuten. Der von den Übertragungsnetzbetreibern geprägte, viel zitierte Satz, „der Windstrom muss vom Norden in den Süden“ als angebliches Erklär-Modell für den Bedarf neuer Stromleitungen hat ausgedient: Immer deutlicher werden die Pläne für den europäischen Stromhandel sichtbar. Jetzt heißt es: „Der Atomstrom muss vom Westen in den Osten“ - und umgekehrt.

Damit wird der demokratisch beschlossene Atomausstieg in Deutschland konterkariert, 100 Prozent Erneuerbare Energien werden nicht erreicht und offensichtlich mit der Netzausbauplanung auch gar nicht angestrebt. Die Einhaltung der Klimaziele kann so keinesfalls gelingen. Dezentrale Alternativen sind machbar und alternativlos, wenn die Anforderungen des Klimaschutzgesetzes berücksichtigt

werden sollen. Dazu vorliegende Studien werden seitens der Netzplaner konsequent ignoriert, die notwendige öffentliche Diskussion wird verweigert. Damit kann keine Akzeptanz für die Netzausbau-Projekte erreicht werden.

Das Strommarktmodell muss grundlegend verändert werden. Es muss eine Netzentwicklungsplanung erfolgen, die sowohl die Fixkosten der Stromerzeuger als auch die Netzausbaukosten in die Netzentwicklungsplanung mit einbezieht. Ziel muss es sein, eine gesamtwirtschaftliche Optimierung umzusetzen, bei der auch die Umweltfolgekosten einbezogen werden. Der Bürger*innen-Energie und Klimaschutz muss Vorrang vor profitgetriebenem Stromhandel gewährt werden.

Ungenügende Berücksichtigung der Netzausbau-Kosten – Deutschland wird Stromtransit-Land

Die Frage, ob der von den ÜNB vorgeschlagene Ausbau überhaupt bezahlbar ist, wird nicht überprüft. Insgesamt liest sich der jetzt vorgelegte Netzentwicklungsplan wie ein völlig aus dem Ruder gelaufener Wunschzettel der Stromhandels-Konzerne.

§ 1 Abs. 1 EnWG verpflichtet, eine „möglichst sichere, preisgünstige, verbraucherfreundliche, effiziente und umweltverträgliche leitungsgebundene Versorgung der Allgemeinheit“ zu garantieren. Der geplante Netzausbau führt aber klar erkennbar nicht zu einem System mit vorrangig Erneuerbaren Energien und damit nicht zum notwendigen Klimaschutz. Es werden zudem für Deutschland zahlreiche neue Gleichstromtrassen und Wechselstromtrassen geplant, die erklärtermaßen der profitorientierten Durchleitung von Strom dienen, nicht der Versorgungssicherheit der Bevölkerung. Ein Übertragungsnetzausbau in dieser Dimension müsste realistisch geschätzt zu Kosten von rund 350 bis 400 Mrd. Euro (statt rund 200. Mrd. Euro) führen.

Diese Kosten der Netzausbau-Projekte werden zu einer massiven Erhöhung der Netzentgelte führen. Strom wird zum Luxusgut. Eine sozial gerechte Energieversorgung wird damit nicht gelingen. Denn diese Kosten werden über die Netzentgelte zu einem überwiegenden Anteil von kleinen und mittelständischen Stromkunden getragen, nicht von der Industrie, in deren vorrangigem Interesse die vorgelegten Planungen jedoch stehen.

Aus dem NEP:

“In allen vier Szenarien ist Deutschland das Land in Europa mit sowohl dem Spitzenwert für **Transite** in einer einzelnen Stunde als auch für den Umfang der Transite über das Jahr summiert. Der hohe Stromaustausch durch Deutschland ist eine Folge der zentralen Lage des deutschen Marktgebietes im europäischen Verbund.”

https://www.netzentwicklungsplan.de/sites/default/files/2023-03/NEP_2037_2045_V2023_1_Entwurf_Teil1.pdf S.69

Offshore-Stromerzeugung: Transportkosten und Umweltschäden bleiben unberücksichtigt, Schutz der kritischen Infrastruktur fehlt

Dass die Transportkosten für Offshore-Strom, in der Marktsimulation des NEP nicht angerechnet werden, wenn Strom aus dem Norden im Süden verbraucht wird, führt de facto zu einer Marktverzerrung. Es wird damit eine bestimmte Erzeugungsform bevorzugt, damit Offshore mit dezentral erzeugtem Strom aus PV und Onshore-Windkraft mithalten kann. Eine Überprüfung der Alternativen - das heißt wie würden sich die Kosten entwickeln, wenn man statt Offshore-Strom den Strom vorrangig dezentral erzeugt - fehlt. Auch wird der Stromverbrauch mit dem neuen NEP zu hoch eingeschätzt. Aus jetziger Sicht zeichnet sich ab, dass energieintensive Industrie ihre Produktion in Deutschland reduziert und in Folge auch der Energieverbrauch niedriger sein wird. Es fehlt ein Vergleich von Szenarien, bei denen statt Strom-Transport der Transport von Wasserstoff Vorrang erhält.

Der übermäßige Ausbau der Offshore-Windenergie auf rund 70 Gigawatt würde zu einer nicht akzeptablen Belastung von Umwelt und Natur im Bereich der Nordsee und des Wattenmeeres führen. Durch die von vier auf mehr als 20 Projekte gestiegene Zahl von neuen HGÜ-Trassen im aktuellen NEP-Entwurf würde es zu erheblichen Umwelteingriffen in Boden, im Grundwasser und in Wäldern kommen. Wie diese ambitionierten Ziele realisiert werden sollen, ist schlicht nicht volkswirtschaftlich darstellbar. Zudem fehlt es zunehmend an Rohstoffen und Arbeitskräften – wertvolle Ressourcen, die dringend beim Ausbau von Verteilnetzen und verbrauchsnahe ausgebauten Erzeugungskapazitäten benötigt werden.

Der Schutz der kritischen Infrastruktur und der Erzeugungsanlagen, gerade auf See, ist nicht gewährleistet und realistischer Weise auch zukünftig nicht lückenlos machbar. Ein zelluläres, dezentral ausgerichtetes System ist auch aus diesem Grund möglicherweise überlebenswichtig. Das eigentlich alternativlose Ziel der Versorgungssicherheit für Deutschland und Europa wird einmal mehr dem Profit einiger weniger Konzerne und den Interessen der Stromhändler untergeordnet.

Fossil-atomarer Stromhandel konterkariert Atomausstieg, Klimaziele werden verfehlt, Versorgungssicherheit wird durch Netzausbaupläne nicht gewährleistet

Kapazitätslücken sollen laut dem vorliegenden NEP-Entwurf zu einem wesentlichen Teil durch Importe aus dem Ausland geschlossen werden. Dabei ist aber nicht sichergestellt, dass bei Strommangel in Deutschland ausreichend Strom aus Erneuerbaren im Ausland vorhanden ist. Die im NEP enthaltenen Importe weisen darauf hin, dass auch auf den Import von Atomstrom oder auch Kohlestrom gesetzt wird. Der NEP widerspricht damit den Zielen Deutschlands zum Atomausstieg.

Zitat NEP:

"Deutschland entwickelt sich in den Szenarien zu einem großen **Netto-Stromimporteur** in Europa. Dies ist insbesondere auf die vergleichsweise hohe inländische Stromnachfrage und die hohe installierte Leistung der erneuerbaren Energien im Ausland zurückzuführen. Die importierte Strommenge steigt von 2037 bis 2045 deutlich an und ist im Szenario C 2045 am größten. Insbesondere aus Frankreich, Österreich und Skandinavien werden in den Szenarien große Strommengen importiert."

[NEP kompakt 2037 2045 V2023 1E.pdf \(netzentwicklungsplan.de\)](#) S. 12

Betrachtet man die Erzeugung in unseren Nachbarländern und die Tatsache, dass die Importe nach Deutschland laut vorliegendem NEP zunehmen, so kann die Netzausbauplanung nicht zum Klimaschutz beitragen. Der Strom aus den Nachbarländern stammt zu wesentlichen Anteilen nicht aus Erneuerbaren Energien.

Zitat NEP:

“Insbesondere in Frankreich weist die **Kernenergie** mit vergleichsweise geringen variablen Kosten signifikante Anteile an der Stromerzeugung auf.”

[NEP 2037 2045 V2023 1 Entwurf Teil1 7.pdf \(netzentwicklungsplan.de\)](#) S. 65

Erdverkabelung führt zu gravierenden Schäden für Umwelt und Landwirtschaft

Der beim Bau von HGÜ vorgesehene Erdkabel-Vorrang ist eine rein politisch motivierte Akzeptanzmaßnahme. Die vorgesehene Erdverkabelung für HGÜ-Leitungen führt über hunderte von Kilometern zu massiven Umweltschäden mit bleibenden Schneisen in der Natur. Erdkabel bei Wechselstromleitungen müssen aufgrund der hohen Erwärmung und der massiven baulichen Maßnahmen ebenfalls abgelehnt werden. Mit gravierenden Ernteaufschlägen, aber auch mit immensen Wertverlusten bei Bodenflächen, muss gerechnet werden. Das Bodenleben ist in Gefahr, aufgrund der Kombination von Wärme und künstlicher elektrischer oder magnetischer Felder über hunderte von Kilometern zum Erliegen zu kommen. Erdkabel können erhebliche, negative Auswirkungen auf das Grundwasser haben. Die Forschungen dazu sind vollkommen unzureichend. Für die Hochrüstung von Freileitungen im Wechselstrombereich ist ebenfalls kein Bedarf zu erkennen.

Fazit: Warum es keine Akzeptanz für neue Übertragungstrassen geben wird

Brandbeschleuniger Netzentwicklungsplan?

Wovor die Bürgerinitiativen im Aktionsbündnis Trassengegner seit Jahren warnen, nimmt mit dem neuen Netzentwicklungsplan erstmals konkretere Züge an: Ein weiteres Stromtrassen-Projekt zwischen Altdorf – Winkelhaid und Schwandorf soll gebaut werden. In der Region Nürnberger Land und um Altdorf trifft Übertragungsnetzbetreiber Tennet mit seinem überdimensionierten Netzentwicklungsplan auf Bürgerinitiativen, die seit über neun Jahren aktiv sind. Schon 2014 wurde effektiver Widerstand gegen die Gleichstromtrasse „Süd-Ost-Passage“ geleistet, 2019 wurden die Pläne der Firma Tennet für die Wechselstromtrasse P44mod durchs Nürnberger Land erfolgreich abgewehrt. Wachsende [Proteste](#) finden entlang der Juraleitung und im Umfeld des geplanten zweiten Umspannwerkes bei Ludersheim statt.

Der Widerstand gegen die geplanten Übertragungsnetzausbau-Projekte, gerade auch an Sümlink und Südostlink, wird seitens der Bürgerinitiativen im Aktionsbündnis Trassengegner auf Verzögerung und Verhinderung durch Proteste und juristische Mittel ausgerichtet bleiben. Die Bundesregierung und Landesregierungen fordern wir dazu auf, nicht länger mit Vollgas in eine gefährliche energiepolitische Sackgasse zu steuern. Klimaschutz und eine bürgernahe Energiewende werden durch die rein auf ein zentralistisches System ausgerichteten Netzausbau-Pläne verhindert. Dazu kommt an vielen Orten die drohende Zerstörung wertvoller Wälder und Böden durch Freileitungsschneisen und Erdkabel-Trassen – Zerstörungen, die in keinem Netzentwicklungsplan eingepreist und berücksichtigt werden.

„Zeitenwende“ auf dem Strommarkt muss Ziel werden

Noch ist keines der überdimensionierten Stromtrassen-Projekte weiter gekommen als zum ersten Spatenstich. Zeit genug also für die Bundesregierung, endlich auch die „Zeitenwende“ auf dem Strommarkt einzuläuten. Da die Wünsche der Übertragungsnetzbetreiber den Interessen der Allgemeinheit widersprechen, sind die politisch Verantwortlichen gefordert, regulierend einzugreifen.

Die politische Diskussion um den Netzausbau ist geprägt von einer erheblichen Ignoranz dem gegenüber, was die Menschen vor Ort tatsächlich inhaltlich bewegt. Es wird seitens der Netzausbau-Projektierer aus Wirtschaft und Politik viel gemutmaßt, warum der Übertragungsnetzausbau seit Jahren auf großen Widerstand stößt. Gespräche mit den Bürgerinitiativen und der betroffenen Bevölkerung finden aber so gut wie nicht statt. Als einfaches Erklärmodell wird immer wieder versucht, die Kritik an den Stromtrassen-Plänen auf gesundheitliche Bedenken zu reduzieren. Wäre die Angst vor Gesundheitsgefahren der einzig ausschlaggebende Grund für die Ablehnung, könnte man über eine Umsetzung des geplanten Übertragungsnetzausbaus unter bestimmten Bedingungen reden.

Europäisches Mega-Stromnetz ist keine Energiewende

Ausschlaggebend für die Ablehnung neuer Übertragungs-Stromleitungen sind wesentlich differenziertere Gründe als die angebliche Angst vor einer „veränderten Heimatkulisse“, wie Wirtschaftsminister Habeck Anfang 2023 in einer [Pressekonferenz](#) vermutet hat, ohne jemals mit den Betroffenen in den Protestregionen gesprochen zu haben. Der Anblick von Strommasten ist sicherlich nicht das Problem.

Im bundesweit aktiven Aktionsbündnis Trassengegner sind viele Mitglieder auch in der Bürgerenergie engagiert. Den Ausbau von Erneuerbaren Energien mit Windkraft und PV-Anlagen zu fördern ist Aktionskonsens. Das Argument, die Bevölkerung hätte Angst vor sichtbarer Veränderung durch die Energiewende, greift deshalb nicht. Die Menschen wollen aber Anteil haben an den geplanten Veränderungen. Und genau da versagt das Strommarktmodell der Übertragungsnetzbetreiber. Energiewende ist nicht beliebig umsetzbar. Energiewende ist der Ausbau von Erneuerbaren Energien, nicht nur in Norddeutschland, von Speichern und Reservekraftwerken vor Ort, verbunden mit einem Ausbau der regionalen Verteilnetze. Dieser Stromtrassen-Ausbau wird von den Bürgerinitiativen ausdrücklich eingefordert.

Diese Stellungnahme ist zur Veröffentlichung im Rahmen der Konsultation zum Netzentwicklungsplan 2037/2045, Version 2023 (1. Entwurf) freigegeben.

Mit freundlichen Grüßen

Dörte Hamann

Sprecherin Aktionsbündnis Trassengegner
Für eine dezentrale Energiewende ohne überdimensionierten Netzausbau!

Föhrenstr. 5, 91227 Leinburg

E-Mail: pressestelle@stromautobahn.de

Internet: www.stromautobahn.de

Facebook: [Aktionsbündnis Trassengegner](#)

Hintergrund - WER WIR SIND:

Das Aktionsbündnis gegen die Süd-Ost-Trasse besteht seit Anfang 2014 und wurde ursprünglich gegen den Bau des Südostlink gegründet, der aufgrund des starken Widerstands bereits um Jahre verzögert wurde. Die geplante Wechselstromtrasse P44/P44mod wurde verhindert. Inzwischen sind wir auch gemeinsam mit dem Bundesverband gegen SuedLink (BBgS), dem Aktionsbündnis Ultranet, dem Aktionsbündnis gegen die Juraleitung und weiteren Initiativen unter dem Namen "Aktionsbündnis Trassengegner" aktiv. Unser Aktionskonsens ist: Für eine dezentrale Energiewende ohne überdimensionierten Netzausbau!

Deshalb schließt der Kampf gegen den Südostlink auch den Widerstand gegen andere HGÜ-Leitungen und gegen unnötige Wechselstrom-Trassen mit ein, die den Erhalt der fossilen Energie im Stromnetz fördern und im Widerspruch zum UN-Klimaabkommen von Paris stehen. Das Sankt-Florians-Prinzip lehnen wir ab. Eine sinnlose Trasse kann man zwar verschieben, man kann sie auch vergraben, aber sie bleibt trotzdem sinnlos!